

Übergewinnsteuer

Mit Krisen sollten keine Gewinne erzielt werden. Im Gegenteil zeigt sich in den letzten Jahren, dass es in Krisen Solidarität braucht. Teil der Lösung kann die Übergewinnsteuer sein.

Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg gingen mit wirtschaftlichen Krisen einher. Nichtsdestotrotz entstehen aus den Veränderungen der wirtschaftlichen Situation auch immer Gewinne für einige. Während die meisten durch die wirtschaftlichen Krisen schlechter dastehen, profitieren scheinbar immer auch einige.

Ein Resultat davon ist auch neue soziale Ungerechtigkeit. Personen und Familien mit dem meisten Vermögen in unserer Gesellschaft lassen dieses oft geschickt anlegen, dass ihre Vermögen auch in der Krise wachsen. So profitieren Milliardär*innen und andere reiche Personen auch von der Krise.

Einige der Übergewinne in Krise entstehen nicht nur als Nebeneffekt der Krise, sondern aus bewusster Ausnutzung der Krise. Während etwa die Gewinne für den Streaming-Dienst Netflix in der Corona-Krise sicherlich kein Kalkül waren, nutzt das OPEC-Kartell den Krieg gegen die Ukraine aus, um die Sprit- und Ölpreise künstlich in die Höhe zu treiben. Die bewusste Ausnutzung von Krisen für eigene Profite verurteilen wir scharf.

Ob Zufall oder Kalkül: Krisen bedeuten, dass Solidarität gebraucht wird. Diejenigen, die profitieren, sollen einen Beitrag zahlen, um denen zu helfen, die durch die Krise verlieren.

Das Instrument der Übergewinnsteuer befürworten wir daher schon aus Gerechtigkeitserwägungen. Es ist uns allerdings klar, dass diese Maßnahme nur eine von vielen ist, die getroffen werden müssen, um Krisen und ihre sozialen Verwerfungen zu bekämpfen. Der Staat ist nicht auf die Übergewinne von Unternehmen angewiesen, um Hilfsprogramme zu finanzieren. Die Übergewinnsteuer ist vielmehr ein gerechtes Mittel der Umverteilung.

Wir fordern:

- Eine Übergewinnsteuer von 50% auf Übergewinne in Krisen
- Eine genaue Beobachtung von Preisentwicklungen und Unternehmensgewinnen in Krisen